

Wohnbau: Die Gräben werden tiefer

POLITIK Die CSU fühlt sich von der Reaktion der Verwaltung auf ihre Vorschläge düpiert. Wolbergs gibt zurück: Mit Teilen der Fraktion setze er sich nicht an einen Tisch.

VON JULIA RIED, MZ

REGENSBURG. In der politischen Debatte, ob die Stadtspitze genügend zur schnellen Schaffung von neuem Wohnraum unternimmt, wird die Kluft zwischen Oberbürgermeister Joachim Wolbergs und der CSU immer tiefer, das zeigte sich am Dienstagnachmittag im Stadtplanungsausschuss. Scharfe Töne gab es in der Diskussion über den CSU-Antrag für ein Sonderprogramm „Offensive bezahlbarer Wohnraum zur Wahrung des sozialen Friedens“.

„Der Tenor ist eine grundsätzliche Verweigerungshaltung“ beklagte sich Stadtrat Dr. Josef Zimmermann in Bezug auf die Antworten der Verwaltung und sprach von einer „Notfallsituation“, gegen die die bunte Koalition zu wenig unternehme. Oberbürgermeister Joachim Wolbergs schlug daraufhin das Angebot einer Zusammenarbeit mit der CSU mit Verweis auf die „Polterer“ in der Fraktion aus.

9000 Wohnungen bis 2020

Planungsreferentin Christine Schimpfermann trug ergänzend zu den schriftlichen Ausführungen der Verwaltung Zahlen und Prognosen zu den fertiggestellten Wohnungen und der voraussichtlichen Nachfrage vor. „Wir werden den Bedarf in der oberen Variante abdecken können“, sagte sie. Gut 9000 neue Wohnungen seien bis 2020 bezugsbereit. „Wir sind im bundesweiten Städtevergleich an der Spitze, was den Wohnungsbau betrifft.“ Trotzdem müsse sich die Verwaltung anstrengen, um das Niveau zu halten.



An vielen Ecken, hier im Inneren Westen, wird in Regensburg jetzt und in den nächsten Jahren gebaut. Die CSU kritisiert, die Stadtspitze müsse noch mehr Wohnbau möglich machen.

Foto: Schönberger

FORDERUNGEN DER CSU – UND ANTWORTEN DER VERWALTUNG

► **Stabstelle:** Für eine von der CSU geforderte Stabstelle „Wohnungsbauoffensive“ gebe es in der Verwaltung „seit längerem schon organisatorische Überlegungen“, heißt es in der Vorlage.

► **Baulückenscanning:** Die Suche nach nutzbaren Baulücken treibe die Verwaltung mit Nachdruck voran, schreibt sie. Auch Extra-Stellen im Planungs- und Baureferat seien geschaffen worden.

► **Auslagerung:** Planungsanleistungen vermehrt an Externe zu vergeben, wie von der CSU vorgeschlagen, lehnt die Verwaltung ab. Dadurch beschleunigten sich die Verfahren nicht.

Die Reaktion von CSU-Stadtrat Zimmermann darauf: „Wir sind auch Spitze im Wachstum und die Situation ist jetzt schon angespannt.“ Die laufenden und geplanten Aktivitäten dienten dem Auffangen des jetzigen Bedarfs, brächten aber keine weitere Entlastung. „Wir sehen das Ganze als Notfallsituation und halten deshalb die von uns vorgeschlagenen neuen Wege für erforderlich.“ Seine CSU-Kollegin Dagmar Schmidl sagte zum OB: „Ich möchte mein Angebot wiederho-

len, dass wir die Kräfte bündeln.“ Der erwiderte: „Heute sind Kollegen da, die in der Lage sind, normal mit uns zu reden. Aber ich werde mich mit denen, die sich hier in unflätiger Weise äußern, nicht an einen Tisch setzen.“

Gewerbeumnutzung „nachrangig“

Ein Vorschlag der CSU lautete, leerstehende Gewerbeimmobilien für Wohnnutzung verfügbar zu machen. Das sei derzeit „wegen weitgehend fehlender Objekte nur ein nachrangiges Thema“,

führte die Verwaltung in ihrer Vorlage für die Stadträte dazu aus. Dem von der CSU gewünschten „Ankauf für Belegungsrechte für Wohnungen Privater, für die die Stadt dann Mieter benennt, erteilte sie mit der Begründung eine Absage, dass „Aufwand und Ertrag in keinem vernünftigen Verhältnis zueinanderstehen“. Auch die Sicherung von Belegungsrechten für Wohnungen für Durchschnittsverdiener in Neubauprojekten hielt sie nicht für erstrebenswert.